



# HESSISCHER LANDTAG

19. 09. 2017

Plenum

## **Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Integration und Antidiskriminierungspolitik in Hessen erfolgreich weiterentwickeln**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass in Hessen eine flächendeckende und verlässliche Infrastruktur für Integration geschaffen wurde, sowohl für die hier bereits seit Jahrzehnten lebenden Menschen als auch für die Geflüchteten, die in Hessen Schutz vor Krieg, Folter und Vertreibung suchen. Hessen ist ein Land, das seit Langem durch Menschen unterschiedlichster Herkunft geprägt ist. Aktuell haben 30,2 % der Hessinnen und Hessen einen Migrationshintergrund. Land, Kommunen und die Zivilgesellschaft stehen daher in der Verantwortung, diese Vielfalt zu gestalten.
2. Der Landtag stellt fest, dass die hessische Integrationspolitik, die auf Respekt, Anerkennung und Wertschätzung aller Menschen in Hessen und auf gleiche Teilhabechancen setzt, die Voraussetzungen dafür schafft, das Zusammenleben und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft aktiv zu gestalten. Damit dies gelingt, müssen diejenigen, die dauerhaft in Hessen bleiben möchten, die deutsche Sprache erlernen, sich an die Grundlagen unserer Verfassung wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie oder Gleichberechtigung von Frau und Mann halten und die Grundsätze und gemeinsamen Werte als wesentliche Verabredung unserer Gesellschaft akzeptieren. Der Dialog mit allen zivilgesellschaftlichen Kräften, wie den Kirchen, Verbänden und Vereinen, den Gewerkschaften, Migrantenorganisationen und Kommunen, ist dabei ebenso wie die gemeinsame Zusammenarbeit in den Gremien, z.B. dem Asylkonvent oder dem Integrationsbeirat, unverzichtbar. Mit der Ernennung eines weiteren Staatssekretärs im Ministerium für Soziales und Integration und seiner Berufung als Bevollmächtigter für Integration und Antidiskriminierung wurde der politische Stellenwert dieser bedeutungsvollen Aufgabe für die Zukunft unserer Gesellschaft unterstrichen.
3. Der Landtag betont, dass die in den letzten Jahren beschlossenen integrationspolitischen Förderprogramme und Initiativen das Miteinander in unserer Gesellschaft stärken und das stabile Fundament für den gesellschaftlichen Zusammenhalt bilden. Die flächendeckende Ausweitung des Landesprogrammes "WIR" stärkt die Willkommens- und Anerkennungskultur in Hessen. Die kulturelle Öffnung der Landesverwaltung hat zum Ziel, die Vielfalt der hessischen Bevölkerung auch in den Verwaltungen widerzuspiegeln. Mit der "Respektkampagne" und der Kampagne "Löwen im Herz. Hessen integriert" wird für Toleranz, gegenseitige Wertschätzung, Anerkennung und Respekt geworben. Mit der Einbürgerungskampagne "Hessen und ich DAS PASST" werden Menschen ermuntert, sich für die vollständige Teilhabe an allen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten in unserer Gesellschaft zu entscheiden.
4. Bei der Gestaltung einer modernen Integrationspolitik nimmt die in der "Fortschreibung des Hessischen Aktionsplans zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts - Aktionsplan I und II" erfolgte konzeptionelle Weiterentwicklung des Landesprogramms WIR und die damit verbundene beinahe Verdreifachung der Landesmittel eine bedeutsame Rolle ein. Mit aktuell neun Förderschwerpunkten eröffnet das Landesprogramm WIR mannigfaltige Möglichkeiten, nachhaltige Integrationspolitik auf kommunaler Ebene zu fördern.
5. Der Landtag begrüßt, dass durch die zusätzlichen Förderschwerpunkte in 2017 neue integrationspolitische Akzente gesetzt werden, die langfristig eine noch bessere Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen Leben ermöglichen und zum Erfolg der Integrationsarbeit beitragen. Integration geschieht vor Ort, also in der

Nachbarschaft, in der Schule und im Verein, und es entscheidet sich hier, ob Integration gelingt. Das sind im Einzelnen:

- die Förderung von 33 neuen WIR-Fallmanagerinnen und Fallmanagern, die für die gelingende Integration von Flüchtlingen sorgen; zusätzlich zu den bestehenden 33 WIR-Koordinationsstellen, die das Integrationsmanagement vor Ort aktiv gestalten;
  - die neue Förderung der Qualifizierung, Professionalisierung und Vernetzung von Migrantenorganisationen;
  - die Förderung von Projekten, die die Integration von geflüchteten Frauen intensiv unterstützen und helfen, bestehende Integrationshemmnisse zu beseitigen;
  - die Förderung des Einsatzes und der Qualifizierung von ehrenamtlich tätigen Integrationslotsinnen und -lotsen, die vor Ort die Zugewanderten in Alltagssituationen begleiten und konkret unterstützen, und die Ausweitung ihrer Arbeit auf Flüchtlinge;
  - die Förderung von Projekten der Willkommens- und Anerkennungskultur, der interkulturellen Öffnung sowie von innovativen Projekten, um vor Ort die Kultur des Miteinanders zu stärken;
  - die verstärkte Förderung von niedrighschwelligem Sprachförderkursen für Erwachsene sowie die Förderung des alltagsbezogenen Spracherwerbs für Flüchtlinge mit dem Programm "MitSprache - Deutsch 4U" inklusive einer Kinderbetreuung, damit insbesondere geflüchtete Frauen ebenso an den Kursen teilnehmen können.
6. Der Landtag betont, dass er sich entschieden gegen Rassismus und jede Form der Diskriminierung wendet. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag, dass 2015 eine Antidiskriminierungsstelle in der Hessischen Landesregierung eingerichtet wurde, die allen Formen der Ausgrenzung entgegenwirkt. Mit der Erweiterung durch ein externes Beratungsangebot im Herbst 2016 konnte die Antidiskriminierungsarbeit strukturell weiterentwickelt und bedarfsgerecht ausgebaut werden, sodass in Hessen schnelle und unbürokratische Hilfe gewährleistet ist.
7. Des Weiteren begrüßt der Landtag, dass mit dem Hessischen Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt gemeinsam mit den Selbstvertretungsorganisationen von Lesben, Schwulen, bi-, trans- und intersexuellen Menschen und Transgendern erstmals umfangreiche Handlungsempfehlungen entwickelt wurden, um der Ausgrenzung von Menschen auf allen Ebenen entgegenzuwirken und ihre Lebenssituation zu verbessern. Dafür stehen jährlich 500.000 € zur Verfügung. Der Landtag begrüßt außerdem, dass die einstimmig beschlossene wissenschaftliche Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Menschen auch nach 1945 in diesem Jahr mit einer Dokumentation und Ausstellung sichtbare Ergebnisse zeitigen wird.

#### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 19. September 2017

Für die Fraktion  
der CDU  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Boddenberg**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Wagner (Taunus)**